

Europas Sicherheit ist auch unsere Sicherheit →

Bilaterale III, Schengen und Hafenallianz – was für uns Polizistinnen und Polizisten zählt

Kriminalität macht nicht an Landesgrenzen halt. Deshalb ist die internationale Zusammenarbeit für die Schweizer Polizei unverzichtbar. Schengen, Europol und die Europäische Hafenallianz zeigen, wie wichtig schneller Informationsaustausch und gemeinsame Sicherheitsstrukturen sind. Eine Einordnung des VSPB-Vizepräsidenten.

Text: Gerhard Schaub, Vizepräsident VSPB; Fotos: Shutterstock

Die politische Diskussion über die Bilateralen III und die Kompass-Initiative wird die Schweiz noch längere Zeit beschäftigen. Als Vizepräsident des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter VSPB interessiert mich dabei insbesondere eine Frage:

Was bedeutet die zukünftige Zusammenarbeit mit Europa für die Sicherheit unseres Landes und für die tägliche Arbeit unserer Polizistinnen und Polizisten?

Als Berufsverband müssen wir dabei weder für noch gegen die EU argumentieren. Wir sollten vielmehr aufzeigen, welche Instrumente unsere Kolleginnen und Kollegen benötigen, um ihren gesetzlichen Auftrag auch künftig erfüllen zu können. Denn eines ist unbestritten:

Kriminalität kennt keine Landesgrenzen. Internationale Zusammenarbeit ist Polizeialltag

Organisierte Kriminalität, Drogen- und Menschenhandel, Cybercrime, Terrorismus, Einbruchstourismus oder international agierende Tätergruppen können längst nicht mehr ausschliesslich innerhalb unserer Landesgrenzen bekämpft werden. Ein Täter kann morgens in Frankreich sein, am Nachmittag in Basel eine Straftat begehen und wenige Stunden später in Deutschland oder den Niederlanden auftauchen.

Für uns bedeutet das: Wir brauchen Informationen – und wir brauchen sie schnell. Internationale Fahndungs- und Informations-

«Informationsvorsprung ist Sicherheitsvorsprung.»



systeme sind deshalb keine europapolitische Nebensache, sondern ein wichtiges Arbeitsinstrument der Polizei.

Schengen funktioniert im Polizeialltag

Bei der Diskussion um die Bilateralen III muss klar unterschieden werden: Schengen/Dublin ist nicht Bestandteil der Bilateralen III.

Die Schweiz ist seit Jahren in die Schengen-Zusammenarbeit eingebunden. Besonders wichtig ist das Schengener Informationssystem SIS. Gesuchte Personen, gestohlene Fahrzeuge und Dokumente sowie weitere Ausschreibungen können damit grenzüberschreitend erkannt werden.

Wie bedeutend das ist, zeigen die Zahlen: Allein 2025 gab es 39 098 SIS-Treffer mit Bezug zur Schweiz – 21 518 davon in der Schweiz und 17 580 im Ausland aufgrund von Ausschreibungen schweizerischer Behörden. Für die Patrouille auf der Strasse bedeutet dies konkret: Eine Person oder ein Fahrzeug, das wir heute kontrollieren, kann bereits in einem anderen europäischen Staat polizeilich relevant sein.

Dieser Informationsaustausch erhöht nicht nur die Fahndungseffizienz, sondern auch die Sicherheit unserer Kolleginnen und Kollegen im Einsatz.

Direkter Zugang zu Europol-Daten

Ein weiterer wichtiger Schritt zeichnet sich ab: Als Schengen-assoziiertes Land soll die Schweiz künftig einen direkteren Zugang zu Europol-Daten erhalten.

Diese Informationen gehen weit über klassische Fahndungsdaten hinaus. Sie betreffen unter anderem organisierte Kriminalität, Cybercrime, Terrorismus und grenzüberschreitende Täterstrukturen.

Für mich gilt deshalb: Informationsvorsprung ist Sicherheitsvorsprung. Je früher unsere Ermittlungsbehörden internationale Zusammenhänge erkennen, desto grösser ist die Chance, Straftaten nicht nur aufzuklären, sondern auch zu verhindern.

«Die Schweiz muss dabei ihre demokratischen Rechte, ihre Souveränität und ihre rechtsstaatlichen Standards wahren.»

Hafenallianz: Kriminalität dort bekämpfen, wo sie entsteht

Wie wichtig internationale Zusammenarbeit ist, zeigt der Beitritt der Schweiz zur Europäischen Hafenallianz am 16. Juli 2026.

Die europäischen Häfen sind zentrale Eintrittspunkte für den internationalen Warenverkehr – aber auch für Kokain und andere Betäubungsmittel. Organisierte kriminelle Netzwerke nutzen Containerverkehr, Logistikunternehmen und Hafeninfrastrukturen gezielt aus.

Die Schweiz besitzt zwar keinen Seehafen, ist aber über den Rhein unmittelbar mit den grossen europäischen Häfen verbunden. Basel ist damit unser Tor zum Meer.

An der Hafenallianz beteiligen sich auf Schweizer Seite die Schweizerischen Rheinhäfen, fedpol, das Bundesamt für Zoll und Grenzsicherheit sowie die Polizeien Basel-Stadt und Basel-Landschaft.

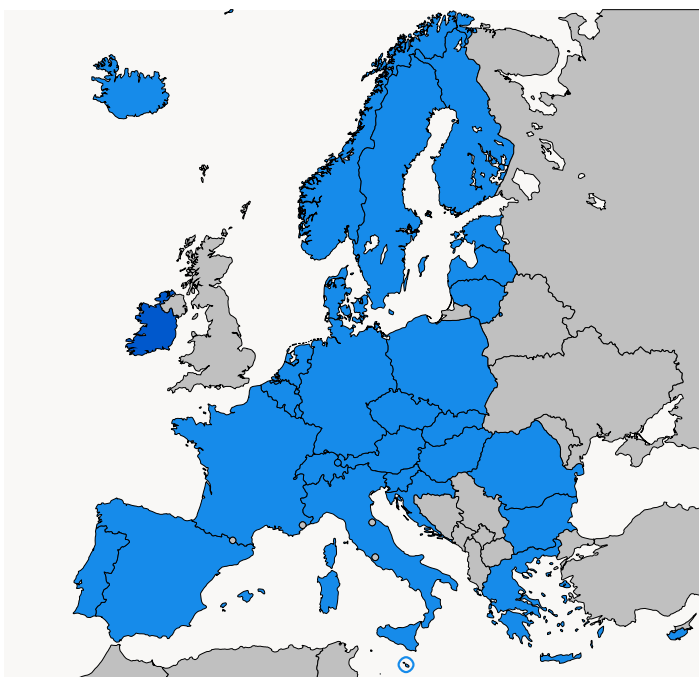
Der Vorteil liegt auf der Hand: Erkenntnisse über Tätergruppierungen, Schmuggelmethoden und Logistikstrukturen können früher ausgetauscht werden. Gleichzeitig arbeiten Häfen, Zoll, Polizei und private Unternehmen enger zusammen.

Wir sollten nicht erst reagieren, wenn die Drogen auf unseren Strassen angekommen sind. Wir müssen möglichst weit vorne in der kriminellen Lieferkette ansetzen.

Den internationalen kriminellen Netzwerken müssen wir ein ebenso leistungsfähiges Sicherheitsnetzwerk gegenüberstellen.

Schengener Informationssystem:
Hellblau: Staaten, die das Schengener Informationssystem vollständig betreiben,
dunkelblau: Staat, der das Schengener Informationssystem ausschliesslich im Rahmen der Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden betreibt.

Quelle: Wikipedia



Eigenständigkeit und Zusammenarbeit

Die Hafenallianz ist nicht Bestandteil der Bilateralen III. Auch Schengen und Europol dürfen nicht mit dem neuen Vertragspaket gleichgesetzt werden.

Trotzdem zeigen diese Beispiele etwas Grundsätzliches: Die innere Sicherheit der Schweiz ist längst mit der europäischen Sicherheitsarchitektur verbunden.

Die Schweiz muss dabei ihre demokratischen Rechte, ihre Souveränität und ihre rechtsstaatlichen Standards wahren. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass bewährte Formen der internationalen Polizeizusammenarbeit nicht unnötig erschwert werden.

Das eine schliesst das andere nicht aus. Mehr Informationsaustausch bedeutet gleichzeitig mehr Verantwortung. Biometrische Daten, Fahndungsinformationen, Kennzeichendaten, Gesichtserkennung, künstliche Intelligenz und vernetzte Datenbanken bieten der Polizei neue Möglichkeiten. Dafür braucht es aber klare gesetzliche Grundlagen, Datenschutz und demokratische Kontrolle.

Was brauchen unsere Polizistinnen und Polizisten?

Aus Sicht des VSPB sind für mich fünf Punkte entscheidend:

- schneller Zugang zu relevanten nationalen und internationalen Fahndungsinformationen;
- effizienter Informationsaustausch mit Europol und europäischen Partnerbehörden;
- Bekämpfung der organisierten Kriminalität bereits an ihren internationalen Schnittstellen;
- moderne, sichere IT-Systeme sowie die notwendigen technischen Mittel und Ausbildungen;
- klare rechtsstaatliche Regeln und ein konsequenter Datenschutz.



Die Bevölkerung wird entscheiden, wie die zukünftigen Beziehungen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union ausgestaltet werden. Das ist unsere direkte Demokratie.

Als Berufsverband müssen wir diese politische Entscheidung nicht vorwegnehmen. Aber wir dürfen deutlich sagen, was unsere Kolleginnen und Kollegen benötigen: leistungsfähige Polizeikörpers, moderne Technik, schnellen Informationsaustausch und verlässliche internationale Partner.

Sicherheitspolitik endet nicht am Schlagbaum

Die Schweiz wird auch künftig ihren eigenen Weg gehen. In der Sicherheitspolitik darf das jedoch nicht bedeuten, dass wir diesen Weg alleine gehen.

Wenn Täter international agieren, müssen auch wir international zusammenarbeiten. Wenn kriminelle Organisationen ihre Informationen und Technologien vernetzen, müssen unsere Sicherheitsbehörden ebenfalls vernetzt sein.

Eine eigenständige Schweiz und eine international eng vernetzte Schweizer Polizei sind kein Widerspruch.

Im Gegenteil: Internationale Zusammenarbeit stärkt unsere Fähigkeit, die Sicherheit der Menschen in der Schweiz zu gewährleisten. ←

Dieser Beitrag stellt keine Abstimmungsempfehlung des VSPB dar. Er beleuchtet die europäische Zusammenarbeit ausschliesslich aus Sicht der polizeilichen Praxis und der inneren Sicherheit.